

541533-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Systemberatung und technische Beratung – Beratung der Landeshauptstadt
Potsdam bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen

OJ S 157/2025 19/08/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Vergabemanagement

E-Mail: zentrale-vergabestelle@rathaus.potsdam.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Beratung der Landeshauptstadt Potsdam bei der Digitalisierung von
Verwaltungsprozessen

Beschreibung: Die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) strebt eine umfassende Digitalisierung ihrer Verwaltungsprozesse an, um moderne, effiziente und medienbruchfreie Abläufe zu etablieren. Ziel ist es, durchgängige digitale und medienbruchfreie Prozesse zu entwickeln, die den gesamten Lebenszyklus eines Vorgangs abdecken - vom Eingang über die Bearbeitung bis hin zum Ausgang. Auf dem Weg zur Zielerreichung sind folgende Rahmenbedingungen für die Fachbereiche kennzeichnend: - Die Prozesserhebung, -analyse und -optimierung muss unter den Gegebenheiten des laufenden Geschäfts erfolgen. Dieses ist teilweise hochgradig dynamisch und fordernd. - Es stehen nur begrenzte personelle Ressourcen zur Verfügung. Dies hat auch eine unterschiedliche Akzeptanz in einzelnen Organisationseinheiten für die Priorisierung oder Umsetzung der Maßnahmen zur Folge. Zielsetzung dieses Auftrages ist, die bedarfsbezogene Beratung und Unterstützung der Landeshauptstadt Potsdam bei der schrittweisen Digitalisierung ihrer Prozesse. Dies umfasst alle Bereiche, die nicht bereits durch bestehende Verträge der LHP als Auftraggeber abgedeckt sind.

Kennung des Verfahrens: 8d8049bc-9b81-480a-a5ba-476ad658e379

Interne Kennung: OV-L-501-235-25

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72220000 Systemberatung und technische Beratung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72221000 Beratung im Bereich Unternehmensanalyse,

72227000 Beratung im Bereich Software-Integration

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

Zusätzliche Informationen: Sofern Räumlichkeiten erforderlich sind, werden diese durch den Auftraggeber in der Landeshauptstadt Potsdam zur Verfügung gestellt.

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 680 000,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP9YCRHE4L (1) Die Kommunikation infolge von Bieterfragen, über sonstige Änderungen o.ä. erfolgt ebenfalls über den Vergabemarktplatz, so dass sich die Bieter fortlaufend selbst über den Vergabemarktplatz zum Verfahren, den Stand der Vergabeunterlagen, sowie etwaige Änderungen informieren müssen. Die kostenlose Registrierung zur Teilnahme am Verfahren wird daher empfohlen, da dann der registrierte Bieter automatisch über Änderungen bzw. Nachrichten der Vergabestelle informiert wird. Auch können im Verfahren Nachrichten an die Vergabestelle gesendet werden. (2) Sollte sich im Vergabeverfahren ein zusätzlicher Informationsbedarf ergeben, der der Bekanntmachungspflicht unterliegt, erfolgt eine entsprechende Bekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union. Interessenten haben sich daher bis zum Ablauf der Teilnahmefrist über weitere Bekanntmachungen zu diesem Verfahren stets zu informieren. Bei Registrierung zum Verfahren auf dem Vergabemarktplatz erfolgt jedoch ebenfalls eine automatische Benachrichtigung über eine Bekanntmachungsänderung oder weitere Bekanntmachungen. (3) Für die Erstellung von Angeboten sind zwingend die vom Auftraggeber über den Vergabemarktplatz in den Vergabeunterlagen bereit gestellten Vordrucke/Formblätter zu verwenden. Änderungen an diesen Vordrucken/Formblätter sind - soweit nicht durch den Auftraggeber explizit zugelassen - unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots. Im Übrigen gelten die weitergehenden Anforderungen und Konkretisierungen in den Vergabeunterlagen. (4) Beteiligt sich eine Gruppe von Wirtschaftsteilnehmern als Bietergemeinschaft am Verfahren oder wird auf Kapazitäten und Leistungen Dritter (z. B. Nachunternehmer) zum Nachweis der Eignung oder zur Erfüllung der ausgeschriebenen Leistungsanforderungen zurück gegriffen, sind die Einzelheiten bezüglich der Voraussetzungen sowie den von diesen einzureichenden Nachweise und Erklärungen den veröffentlichten Vergabeunterlagen zu entnehmen. (5) Bei der Erarbeitung und Übersendung des Angebots ist zudem Folgendes zu beachten: 1. Die Bieter haben unter Beachtung des genannten Schlusstermins das Angebot über den Vergabemarktplatz Brandenburg einzureichen. 2. Das Angebot und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache einzureichen. Bescheinigungen/Nachweise von nicht deutschsprachigen Einrichtungen müssen mit beglaubigter Übersetzung in Deutsch vorgelegt werden. 3. Es sollen nur die geforderten Erklärungen/Unterlagen/Nachweise dem Angebot beigelegt werden. Von der Übersendung allgemeingültiger Firmenunterlagen, Broschüren, Mappen o. ä. ist bitte abzusehen. Diese werden nicht berücksichtigt. 4. Abgeforderte Nachweise und Urkunden können dem Angebot in Kopie beigelegt werden. Der Auftraggeber ist jedoch berechtigt, bei Zweifeln und Bedenken die Vorlage von Originalen oder weiteren Unterlagen zu verlangen. 5. Die geforderten Eignungsnachweise beruhen im Wesentlichen auf Eigenerklärungen der Bieter. Der Auftraggeber weist daher darauf hin, dass insbesondere im Zusammenhang mit Fragen der Zuverlässigkeit ergänzende Nachweise und Erklärungen vom Bieter oder externen Stellen (Korruptionsregister, Gewerbezentralregister etc.) jederzeit verlangt oder eingeholt werden können. (6) Die Angebotsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Es erfolgt keine Entschädigung für die Erstellung einzureichender Unterlagen bzw. Angeboten. (7) Im Fall von inhaltlichen Widersprüchen zur Auftragsbekanntmachung desselben Auftrags in anderen Bekanntmachungsmedien gelten einzig die Erklärungen der unionsweit über das Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Bekanntmachung.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: > gemäß §§ 123,124 GWB Mit dem Angebot ist einzureichen: -

Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123 ff. GWB

(Formular 4.1 EU). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist die Eigenerklärung über das

Nichtvorliegen der Ausschlussgründe für jedes Mitglied separat einzureichen. Alternativ ist die

Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV möglich. >

Sofern eine Eignungsleihe bzgl. der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

vorgenommen wird, sind die diesbezüglichen Eignungsnachweise des anderen Unternehmens

sowie deren Erklärung §§ 123 ff. GWB beizulegen (Formular 4.1 EU, sofern einschlägig). >

Sofern eine Eignungsleihe bzgl. der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

vorgenommen wird, sind die diesbezüglichen Eignungsnachweise des anderen Unternehmens

sowie deren Erklärung zu §§ 123 ff. GWB (Formular 4.1 EU) vorzulegen (sofern einschlägig).

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Beratung der Landeshauptstadt Potsdam bei der Digitalisierung von

Verwaltungsprozessen

Beschreibung: Der Auftrag umfasst zwei zentrale Leistungsbausteine: - Leistungsbaustein

(LB) 1: bedarfsorientierte Aufnahme und Analyse von Prozessen der Verwaltung sowie

Ableitung von Handlungsempfehlungen zur Optimierung und Digitalisierung, -

Leistungsbaustein (LB) 2: bedarfsorientierte Begleitung und Beratung bei der Umsetzung von

Maßnahmen zur Optimierung und Digitalisierung, Die Arbeitsschritte des Leistungsbausteins 1

werden durch den Auftragnehmer grundsätzlich wie folgt strukturiert: a) Durchführung

vorbereitender Maßnahmen wie die Sichtung und Bewertung vor-handener Dokumente (z.B.

Dienstanweisungen) sowie der prozessspezifischen und allgemeinen organisatorischen und

technischen Rahmenbedingungen (z. B. vorlie-gende Prozessbeschreibungen, -modelle). b)

Strukturierte Aufnahme der IST-Prozesse durch Interviews und/oder Workshops mit internen

und externen Akteuren bzw. Nutzern im Prozess zur Gewährleistung der aktiven Beteiligung

der Mitarbeiter*innen. Dabei werden alle für die Digitalisierung er-forderlichen Informationen

erhoben und erfasst (bspw. Schnittstellen zu Fachverfah-ren). Nicht Gegenstand ist eine

technische Beschreibung von Schnittstellen in der IT-Landschaft. Im Ergebnis wird eine

strukturierte Dokumentation erwartet: Das Pro-zessmodell als funktionale Abbildung (inkl.

Prozessbeschreibung, Prozesssteckbrief) innerhalb der PICTURE Prozessplattform sowie

eine Erläuterung zur Vorgehenswei-se als PDF-Datei. c) Prozessanalyse auf Basis eines

systematischen Analyserasters und unter Einbe-ziehung von Best Practice Beispielen sowie

der Berücksichtigung technischer Unter-stützungen (Fachverfahren, DMS etc.). Die

Erkenntnisse dieses Arbeitsschrittes werden innerhalb des nachfolgenden Arbeitsschrittes

zusammen mit den Hand-lungsempfehlungen verschriftlicht und der Landeshauptstadt

Potsdam in geeignetem Format (gängige Office-Formate) zur Verfügung gestellt. d)

Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen für die Prozessoptimierung und

Digitalisierung. Diese beinhalten die Modellierung von Soll-Prozessen sowie die Dar-stellung

und Abwägung von Umsetzungsrisiken und -chancen. Außerdem sind hier

Umsetzungserfordernisse systematisch im Hinblick auf Organisation, Technik, Per-

sonalwirtschaft, Führung und Zusammenarbeit zu beschreiben. Im Ergebnis werden die

Handlungsempfehlungen in einer schriftlichen Abschlussdokumentation für jeden Prozess

(entsprechend des Prozessmanagementstandards der LHP) festgehalten und dem Auftraggeber digital im PDF-Format übergeben. Die Leistungen im Falle eines Abrufs für den Leistungsbaustein 2 sind: a) Beratung bei der Überführung der Optimierungsvorschläge aus 2.1 dieser Leistungsbeschreibung sowie damit zusammenhängender Maßnahmen und Optimierungsideen der LHP in Entwürfe für Arbeitsanweisungen und/oder Richtlinien für die zuständigen Organisationseinheiten. (z.B. Implementierung von E-Government-Lösungen, Nutzung von Datenanalysetools zur Ressourcenplanung/Personalbedarfsmessung) b) Beratung bei der Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen zum Change- und Akzeptanzmanagement für die Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus 2.1 dieser Leistungsbeschreibung sowie damit zusammenhängender Maßnahmen und Optimierungsideen der LHP (z.B. Erstellung von Arbeitsmitteln zur Kommunikation, Durchführung von Workshops, Handlungsleitfäden). c) Konzeptionieren und Durchführen von Schulungen und Trainings zum Aufbau und Weiterentwicklung von Digitalisierungs- und Prozessmanagementkompetenzen für Mitarbeiter*innen und Führungskräfte der Landeshauptstadt Potsdam (z. B. pro-zessorientiertes Führen, digitale Kollaboration). Sofern Räumlichkeiten erforderlich sind, werden diese durch den AG zur Verfügung gestellt. Die Erstellung sowie die Festlegung des Formats von Schulungs- und Informationsmaterialien erfolgt in Absprache mit dem AG. d) Beratung bei der Formulierung der fachlichen und funktionalen Anforderungen für IT-Ausstattung und -Systeme (z.B. grundsätzliche Anforderungen an technische Schnittstellen). e) Wahrnehmung von Koordinationsaufgaben im Rahmen der Umsetzung von Maßnahmen in Abstimmung mit der Projektleitung (z.B. Erstellung und Controlling von Meilensteinplanung, Stakeholderanalyse). f) Beratung bei der Entwicklung von Berichtsformaten und Key Performance Indicators (KPIs) für die Prozesseigentümer, als Grundlagen zum Einpflegen in das BPMS der Landeshauptstadt. g) Beratung der Führungskräfte bei der Priorisierung von Maßnahmen und der Festlegung von Schrittfolgen zur Digitalisierung ihres Leistungsportfolios. h) Analyse und Identifikation bestehender Digitalisierungsbarrieren (z.B. technisch, organisatorisch, strukturell, personalwirtschaftlich). Im Ergebnis erwarten wir die Erstellung von Handlungsempfehlungen zum Abbau der Digitalisierungsbarrieren in schriftlicher Form sowie die Beratung bei der Umsetzung. i) Beratung zum Schnittstellenmanagement z.B. durch Schnittstellenbeschreibungen, durch Vorschläge zur Entwicklung und Anpassung von Schnittstellen. Eine Arbeitnehmerüberlassung erfolgt im Zusammenhang mit diesem Verfahren nicht. Der Auftraggeber erteilt dem vom Auftragnehmer eingesetzten Personal keine Weisungen, diese erfolgen allein vom Auftragnehmer.

Interne Kennung: OV-L-501-235-25

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72220000 Systemberatung und technische Beratung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72221000 Beratung im Bereich Unternehmensanalyse, 72227000 Beratung im Bereich Software-Integration

5.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

Zusätzliche Informationen: Sofern Räumlichkeiten erforderlich sind, werden diese durch den Auftraggeber in der Landeshauptstadt Potsdam zur Verfügung gestellt.

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 4 Jahre

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot ist/sind einzureichen: -

Eigenerklärung über Unteraufträge/Kapazitäten anderer Unternehmen (Eignungsleihe)

(Formular 4.3 EU), sofern einschlägig. Es sind Angaben zu tätigen, welche Teile des

Auftrages das Unternehmen, unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt (§ 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV) bzw. welche Kapazitäten anderer Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe beabsichtigt sind in Anspruch zu nehmen (sofern einschlägig). Alternativ ist die

Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV möglich. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle im Vergabeverfahren sind einzureichen: -

Verpflichtungserklärung durch Nachunternehmer bzw. Eignungsleihe (Formular 4.4 EU, sofern einschlägig).

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Eignungskriteriums: Mit dem Angebot ist/sind einzureichen: -

Eigenerklärung über die Unternehmensdarstellung (Bieter) mit folgenden Angaben: Name des Unternehmens, Rechtsform, Registerart, Nummer der Eintragung, Registergericht, Genehmigungsnummer/-behörde, Unternehmensträger (z.B. Inhaber, Gesellschafter), Stammkapital (soweit einschlägig), Vertretungsberechtigte Personen bzw. Organe (z.B. Geschäftsführer) sowie Geschäftsfelder des Unternehmens (Formular 4.5). Im Falle einer Bietergemeinschaft muss die Erklärung zur Unternehmensdarstellung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft vorgelegt werden. Alternativ ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV möglich.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: Eigenerklärung über eine bestehende

Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mind. 3 Mio. EUR pauschal je Versicherungsfall für Personenschäden, von mind. 1 Mio. EUR pauschal je Versicherungsfall für Sachschäden und von mind. 250.000 EUR je Versicherungsfall für Vermögensschäden (§ 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV). Für den Fall, dass aktuell über keine Haftpflichtversicherung zu den jeweiligen o. g. Deckungssummen je Versicherungsfall verfügt wird, ist eine Erklärung ausreichend, dass im Falle der Beauftragung, eine entsprechende Haftpflichtversicherung abgeschlossen und eine Kopie der Police als Nachweis im Falle der Beauftragung eingereicht

wird (Formular 4.10). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist die Eigenerklärung Haftpflichtversicherung für jedes Mitglied separat einzureichen. Alternativ ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV möglich.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preisbewertung

Beschreibung: Bei der Wertung des Gesamtpreises (Bruttogesamtpreis Preisblatt) wird der Preis (Bruttogesamtpreis im Formblatt 3.5 Preisblatt) in Punkte umgerechnet. Dabei erhält das Angebot mit dem niedrigsten Preis 40 Punkte und ein Angebot mit einem Gesamtpreis in Höhe des Doppelten des niedrigsten Gesamtpreises 0 Punkte. Die Ermittlung der Punkte für die anderen Angebote erfolgt an Hand folgender Formel: $\text{Preispunkte} = 40 - 40 \times$

$\left(\frac{\text{Angebotspreis Bieter} - \text{Angebotspreis niedrigstes Angebot}}{\text{Angebotspreis niedrigstes Angebot}} \right)$ Die berechnete Punktzahl wird kaufmännisch auf die zweite Kommastelle gerundet.

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des auftrags betrauten Personals

Beschreibung: 2.1 (Untergewichtung 50%) Berufserfahrung und Qualifikation der mit der Ausführung des Auftrags betrauten Projekt-Mitarbeiter*innen: I) verantwortlicher

Hauptansprechpartner: * Vorlage eines Nachweises über ein abgeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften, der Verwaltungswissenschaften, der Informatik oder eine

gleichwertige Qualifikation. Der Nachweis ist in Kopie vorzulegen. = 1 Punkt * Nennung und Beschreibung des Verantwortungsbereiches im Unternehmen inkl. Kurzvita die den Bezug zur

ausgeschriebenen Leistung wiedergibt inkl. Nachweis über angemessene Berufserfahrung: bei mind. 3 Jahren = 1,5 Punkte bei mind. 2 Jahren = 1 Punkt bei mind. 1 Jahr = 0,5 Punkte

weniger als 1 Jahr = 0 Punkte II) weitere Verantwortliche Teammitglieder/ Bearbeiter:

*Nennung von mind. 5 Verantwortlichen Ansprechpartnern innerhalb des Unternehmens inkl.

Kurzvita, die den Bezug zur ausgeschriebenen Leistung wiedergibt inkl. Nachweis über angemessene Berufserfahrung: bei mind. 3 Jahren = 3 Punkte bei mind. 2 Jahren = 2 Punkte

bei mind. 1 Jahr = 1 Punkt weniger als 1 Jahr = 0 Punkte >> die Punkte je Teammitglied

werden zu einem Durchschnitt verrechnet * Vorlage eines Nachweises über ein

abgeschlossenes Studium der Wirtschaftswissenschaften, der Verwaltungswissenschaften, der Informatik oder eine gleichwertige Qualifikation. Der Nachweis ist in Kopie vorzulegen. >>

die Punkte je Teammitglied werden zu einem Durchschnitt verrechnet = 1 Punkt III)

Benennung von mind. 2 personenbezogenen (Formblatt 4.7) und mit dem Auftrag

vergleichbaren Referenzen im öffentlichen Sektor aus den vergangenen 3 Jahren rückwirkend ab Angebotsfrist (je Teammitglied, inklusive Hauptansprechpartner). Der Nachweis über die

aktive Mitarbeit bei mit dem Auftrag vergleichbaren Projekten im öffentlichen Sektor hat mit der Kenntlichmachung nachstehender Kenntnisse zu erfolgen: (1) Prozessmodellierung und -

management (2) technisches Know-how (auch im Hinblick auf KI und Fachsoftware) (3)

Moderation, Verhandlungs- und Konfliktmanagement (4) Digitalisierung (5)

Changemanagement (6) Strategieberatung (7) Projektmanagement >> pro Themenfeld

werden 0,5 Punkte vergeben, bei mehreren Teammitgliedern wird ein Durchschnitt gebildet = gesamt 3,5 Punkte 2.2 (Untergewichtung 50%) Grobkonzept: Aus dem schriftlichen

Grobkonzept soll hervorgehen, mit welchen Mitteln, welchem Personaleinsatz und in welcher Struktur die Anforderungen der Leistungsbeschreibung umgesetzt werden können. Dabei soll

auf folgende Punkte eingegangen werden: Leistungsbaustein 1: 1a) Durchführung vorbereitender Maßnahmen 1b) Strukturierte Aufnahme der IST-Prozesse, inkl. Prozessanalyse und Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen Leistungsbaustein 2: 2a) Beratung zu: - Überführung von Optimierungsvorschlägen - Entwicklung und Durchführung v. Change-Maßnahmen - Konzeptionieren und Durchführen von Schulungen und Trainings - Formulierung fachlich u. funktionaler Anforderungen für notwendige IT-Bedarfe - Entwicklung von Berichtsformaten und KPIs sowie zur Priorisierung von Maßnahmen - Schnittstellenmanagement 2b) Wahrnehmung von Koordinationsaufgaben im Rahmen der Umsetzung 2c) Analyse und Identifikation v. Digitalisierungsbarrieren Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit des Detaillierungsgrades, der Plausibilität und der Aussagekraft des Konzepts. >> Punkteverteilung: 1a) - 1b) jeweils 1 Punkt; 2a) insgesamt 6 Punkte (je Anstrich 1 Punkt) 2b) - 2c) jeweils 1 Punkt = gesamt 10 Punkte
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 21/10/2025 23:59:59 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCRHE4L/documents>
Ad-hoc-Kommunikationskanal:
URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCRHE4L>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXP9YCRHE4L>
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Angebote: 28/10/2025 09:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 48 Tage
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: Nachforderung von Vergabeunterlagen gemäß § 56 VgV.
Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:
Eröffnungstermin: 28/10/2025 09:00:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Ort des Eröffnungstermins: Landeshauptstadt Potsdam
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mit dem Angebot sind einzureichen: - Formular zur "Vereinbarung über die Auftragsdatenverarbeitung gemäß Art. 28 DS-GVO" ausgefüllt, nebst der Erklärung zur datenschutzrechtlichen Zuverlässigkeit und zu den technisch-

organisatorischen Maßnahmen und einer datenschutzrelev. Produktbeschreibung (sofern einschlägig) - Eigenerklärung der Bietergemeinschaft (Formular 4.2 EU, sofern einschlägig) - Eigenerklärung EU-Sanktion Russland gem. Verordnung 2022/576 des Rates (Formular 4.12) - Vereinbarung zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem BbgVergG (Formular 5.3) = Bietergemeinschaft 4.12/5.3 von jedem Mitglied Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle sind einzureichen: - Vereinbarung zw. dem Bieter/Auftragnehmer /Nachunternehmer/Verleiher von Arbeitskräften und (ggf. weiteren) Nachunternehmern oder Verleihern zur Einhaltung der Mindestanforderungen nach dem BbgVergG (Formular 5.4, sofern einschlägig) weitere Bedingungen: - Vertragsbedingungen - Infoblatt Datenverarbeitung (Vertrag)

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: Die finanzielle Abwicklung des Auftrages erfolgt gemäß der Bedingungen der Rahmenvereinbarung, welcher der Ausschreibung beiliegt.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Vergabestelle weist nachfolgend auf die zulässigen Rechtsbehelfe und durch einen Bieter einzuhaltenden Fristen hin. Statthafte Rechtsbehelfe sind gem. §§ 160 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer. Eine Rüge ist an die genannte Vergabestelle zu richten. § 160 GWB: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Vergabemanagement

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landeshauptstadt Potsdam, Bereich Vergabemanagement

Registrierungsnummer: 12-12992262150119-98

Postanschrift: Friedrich-Ebert-Str.79/81

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14469

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

E-Mail: zentrale-vergabestelle@rathaus.potsdam.de

Telefon: +49 331289-0

Internetadresse: <https://www.potsdam.de/de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz

Registrierungsnummer: t:03318661719

Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14473

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabekammer@MWAEK.Brandenburg.de

Telefon: +49 331866-1610

Fax: +49 331866-1652

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5a1e04a3-c5c5-4a6e-bba6-98be84c020e2 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 15/08/2025 10:50:21 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 541533-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 157/2025
Datum der Veröffentlichung: 19/08/2025